

01
18**DIE LINKE**

Sozialistische Monatschrift für Dresden

**Ge-
denken
an Rosa
& Karl**Sonntag, 14. Januar
Rosa-Luxemburg-Stele
(an der Albertbrücke)
Beginn: 10:00 Uhr**EDITORIAL**

von Max Kretzschmar

Druck von links

Das neue Jahr 2018 beginnt politisch so, wie das alte Jahr beendet wurde: Noch ist die Regierungsfrage in Berlin ungeklärt. Für uns als LINKE heißt das, weiter konsequent von links Druck zu machen, wo wir dringenden Handlungsbedarf sehen. Einige dieser Themen greifen wir in dieser Auftakt-Ausgabe auf: Beim Pflegenotstand, bei der Bekämpfung von Wohnungsnot und Kinderarmut und für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die endlich die Folgen einer Zweiklassen-Medizin beendet. Hier sind wir als wirkungsvolle und kritische Opposition im Bundestag gefragt.

Dass eine alternative linke Politik möglich ist, zeigen in dieser Ausgabe die Beiträge über die Stadt-ratsarbeit von Rot-Grün-Rot in Dresden: So beispielsweise bei den alternativen Vorschlägen der Bildungspolitikerinnen von LINKEN, Grünen und SPD zum vorgelegten Entwurf des Schulnetzplans von Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann. Und wir berichten über das herausragende Engagement gelebter internationaler Solidarität Leipziger Vereine, die seit Jahren mit vielfältigen Projekten ein Dorf der Roma in Ungarn ehrenamtlich unterstützen. Unsere Solidarität gilt auch allen Arbeiterinnen und Arbeitern von Siemens in Sachsen, die von Werksschließungen bedroht sind - was uns wütend macht.

Auch im Jahr 2018 wollen wir jeden Monat über diesen Druck von links in Dresden, Sachsen und Europa informieren und all das, was bewegt - und bewegt werden sollte.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen der Redaktion allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre!

Linksblatt@web.de

Veränderung beginnt mit Opposition

von Jens Matthis

„Lafontaine will neue linke Volkspartei“ Es war noch im alten Jahr als diese Meldung durchs Internet geisterte, die Gemüter erregte.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Vorstoß vor allem im Kontext innerlinker Flügel- und Meinungskämpfe interpretiert. Das ist angesichts eines 2018 bevorstehenden Bundesparteitages mit Vorstandswahlen auch nicht weiter verwunderlich. Ob es den Parteitag beeinflussen wird, wird man sehen.

Das Statement „Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, in der sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammenschließen“, scheint auf dem ersten Blick völlig abwegig. Nichts deutet aktuell auf Spaltungstendenzen bei SPD und Grünen hin, und auch in der LINKEN selbst dürfte die Idee einer rot-rot-grünen Koalition, so unrealistisch sie angesichts aktueller Mehrheiten gegenwärtig auch sein mag, mehr Unterstützung finden, als die Vorstellungen von der Bildung einer neuen großen Volkspartei links der politischen Mitte. Reines Lafontainesches Wunschenken also? Schon möglich.

Andererseits verändert sich gerade vieles in Deutschland. Keiner weiß wie weit diese Veränderungen gehen werden. „Veränderung beginnt mit Opposition“ postulierte in den 90ern die PDS.

Damals klang das wie das Pfeifen im Walde einer Partei, mit der sowieso niemand gemeinsam regieren wollte. Doch mittlerweile scheint sich die Idee durchgesetzt zu haben. SPD wie Liberale scheinen mittlerweile die Möglichkeiten einer kraftvollen Opposition den Gefahren einer Regierungsbeteiligung vorzuziehen. Das führt dazu, dass die Bundesrepublik seit über einem Vierteljahr nur noch von einer geschäftsführenden Regierung verwaltet wird. Und ein Ende dieses Zustandes ist noch nicht abzusehen. Mehrere Monate ohne stabile Regierungsmehrheiten - so etwas kennen wir aus Italien oder vielleicht aus Belgien. Aber Deutschland?

Schaut man sich um in Europa, sieht man, dass die Dinge sehr anders geworden sind in den letzten Jahren. In vielen Ländern stehen sich heute eine neoliberale und eine rechtspopulistische Partei im Kampf um die Macht gegenüber, in Österreich kooperieren sie schon miteinander. Die Wahlkampagne einer sogenannten „Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei“ hat die Grenzen zwischen etablierten bürgerlichen Parteien und dem Rechtspopulismus aufgelöst.

Demgegenüber befinden sich traditionsreiche und einst starke sozialdemokratische Parteien auf dem Sink-

flug oder liegen bereits am Boden. In Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen, Tschechien und Ungarn ist die traditionelle politische Linke fast in der Bedeutungslosigkeit versunken.

Aber es gibt eben auch das Aufbäumen von links, den Sieg von Jeremy Corbyn über den Neoliberalismus von „New Labour“ und seinen Achtungserfolg bei den letzten Unterhauswahlen oder den zumindest teilweise erfolgreichen Versuch von Jean-Luc Mélenchon, kämpferische Kräfte der Linken unter dem Banner des „Unbeugsamen Frankreichs“ neu zu sammeln.

Die Entwicklungen bei den europäischen Nachbarn sind im Einzelnen zu unterschiedlich, um daraus Rückschlüsse auf den weiteren Gang der Dinge in Deutschland zu ziehen. Und Oskar Lafontaine mag weder ein deutscher Jeremy Corbyn, noch ein deutscher Jean-Luc Mélenchon sein. Die neue linke Volkspartei bleibt deshalb vielleicht nur ein Gedankenspiel.

Aber die Linke und DIE LINKE tun sicher auch in Deutschland gut daran, sich nicht allzu bequem einzurichten in den bestehenden parteipolitischen Verhältnissen. Man weiß ja nie. In diesem Sinne uns allen ein kämpferisches 2018.

Pflege macht arm in Deutschland

Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass Pflege als öffentliche Daseinsfürsorge funktionieren kann: In Schweden

von Max Kretzschmar

Der seit Jahren konstatierte Pflegenotstand war noch vor der Bundestagswahl medial viel diskutiert worden. Nun im neuen Jahr 2018 vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in Zeitungen oder auch in den sozialen Netzwerken die unzumutbaren Zustände in der Pflege beschrieben werden, sei es von Pflegekräften oder auch pflegenden Angehörigen oder in redaktionellen Beiträgen empathischer Journalistinnen und Journalisten. Funkstille hingegen herrscht im Maschinenraum und auf der Brücke des politischen Betriebes, dort wo die Weichen für dieses Zukunftsthema gestellt werden oder, um im Bild zu bleiben, mit Radar und Kompass der Kurs für die Zukunft bestimmt wird. Höchste Zeit also für ein SOS und für eine radikale Kursänderung.

Von den heute mehr als 2,8 Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden über 2,0 Millionen Menschen von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Und immer noch nicht stehen diese pflegenden Angehörigen im Fokus der Politik.

Bereits heute wäre das Pflegesystem kollabiert, wenn die bisher marginalisierten pflegenden Angehörigen ihre solidarische Care-Arbeit gegenüber Eltern und Verwandten von heute auf morgen einstellen würden. Doch ver.di & Co und politische Fraktionen in den Parlamenten sehen sich öffentlich vornehmlich als Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten in den stationären Einrichtungen oder der Pflegedienste. Dabei bauen Politik und Gesellschaft hier in Deutschland immer noch auf ein System, das mit den momentan geltenden Rahmenbedingungen gar nicht funktionieren kann.

Fehler liegt im System

1995 wurde die Pflegeversicherung in Deutschland eingeführt, anders als in den nordischen Ländern, wo man die Pflege und Care-Arbeit als öffentliche Aufgabe erkannte und diese Aufgabe in staatliche Obhut der Kommunen übergab, steuerfinanziert.

Die Konstruktion der Pflegeversicherung als Teilleistungsversicherung führte zu dem Ergebnis, dass sich für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen die Situation kaum verbesserte. Seit Einführung dieser Pflichtversicherung kam es zu einem enormen Wachstum privater Anbieter von Pflegeeinrichtungen und ambulanter Pflegedienste – ohne öffentliches institutionalisiertes Steuerungssystem. Die Privatisierungen im Gesundheitsbereich hatten auch einen erheblichen Einfluss auf die Ökonomisierung der Pflege: Der Rationalisierungsdruck auf Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen hat sich deutlich verschärft. Dem gegenüber ist ein besonders großes Interesse für Investoren für den Pflegebereich ungebrochen, werden doch jährlich 25 Milliarden Euro auf dem deutschen „Pflegemarkt“ umgesetzt, davon 12 Milliarden Euro aus der Pflegeversicherung. Aktuell, seit Einführung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes im Jahr 2017,

zahlen Versicherte in Deutschland nach dem Teilkaskoprinzip Beitragsätze von 2,55 Prozent und 2,80 Prozent (Kinderlose) an die Pflegekasse. Neu ist seit 2017 die Einführung von Pflegegraden und die Anerkennung der Pflegebedürftigkeit bei Demenzerkrankungen durch die Pflegekasse.

Im Unterschied zu den skandinavischen Ländern (mit sozialdemokratischem Wohlfahrtsprinzip) gründet sich das konservative-korporatistische Wohlfahrtsregime in Deutschland seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert unter Bismarck auf dem Prinzip der Beitragsfinanzierung: Der Staat folgt nachrangig ganz am Schluss und ergänzend am Ende der Pflegekette.

Schweden: Kommunen sind verantwortlich - steuerfinanziert

80 Prozent der Schweden halten die Altenpflege für eine Aufgabe des Staates und nicht für eine Privatangelegenheit der Familien, weil die alten Leute lebenslang Steuern bezahlt haben und weil der Staat sich um seine Bürger kümmern muss. Die steuerfinanzierte Pflege kostet hier mehr als anderswo, dreimal soviel wie in Deutschland. Doch in Schweden wird nicht über Kosten diskutiert: Die Menschen sind bereit, für die Betreuung der Senioren aufzukommen. Laut Umfragen werden den Steuererhöhungen für den Bereich der Pflege von den Bürgern am ehesten akzeptiert, weil jeder Mensch irgendwann einmal diese Hilfe benötigt. Möglichst wenige Personalwechsel und eine kontinuierliche Betreuung gehören zu den Grundsätzen in der häuslichen Pflege in Schweden – ein wesentlicher Unterschied zur Situation in Deutschland. Auch die häusliche Pflege liegt in Schweden in staatlicher Verantwortung. Es werden auch private Pflegedienste eingesetzt – im Auftrag der Kommunen. Dank ausreichender Finanzen gibt es nicht zu wenig Personal und Pflegekräfte haben genügend Zeit für ihre Arbeit. Investitionen in ein gutes öffentliches Pflege- und Betreuungssystem entlasten die Sozialkassen und steigern gleichzeitig das Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften. Wo Pflege als öffentliche Aufgabe und öffentliches Gut betrachtet wird, entstehen im Pflegesektor gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze, die für Wachstum sorgen. Außerdem erzeugen die Investitionen eine „demografische Dividende“, entschärft also für die Zukunft das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Pflegebedürftigen und Pflegenden.

Von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege wurde in der skandinavischen Politik ein dynamischer Ausbau der Care-Arbeit bis Mitte der 1990er Jahre vollzogen. Die Leistungen der kommunalen Care-Ökonomie sind in den Gesetzen über Gesundheitsdienste und Soziale Dienste geregelt. Für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entsteht so die freie Wahlmöglichkeit, sich entweder für die professionelle Pflegearbeit durch kommunale Dienste zu entscheiden oder aber durch angemessene Lohnersatz-

Debatte

Care-Arbeit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

leistungen der pflegenden Angehörigen die häusliche Pflege zu priorisieren. Gleichzeitig wurde in den skandinavischen Ländern auch der Standard für die Qualifikation und Ausbildung der Pflegefachkräfte gesichert: Die professionellen Pflegefachkräfte haben durchgängig akademische Abschlüsse, Pflege wurde damit auch eine wissenschaftliche Disziplin an Universitäten und es konnten frühzeitig wissenschaftlich Pflegestandards unter medizinischer, pflegerischer und psychosozialer Perspektive in den nordischen Ländern definiert werden. Weit fortgeschritten ist damit auch die Prävention bei sehr pflegeintensiven Krankheiten wie Demenz und ebenso die Gesundheitsvorsorge bei den SeniorInnen.

Situation in Deutschland

Schon heute reichen die Renten der SeniorInnen, besonders im Osten, nicht mehr aus, für die stationäre Pflege in Einrichtungen aufzukommen. Während im Schnitt ein Ostrentner zurzeit eine Rente von 1.124 Euro bezieht, liegt die durchschnittliche Rente bei Frauen im Osten bei 846 Euro.

Pflegebedürftigkeit macht arm: Im Elsa-Fenske-Heim beispielsweise kostet ein Bett in einem Zweibettzimmer den gesamten Pflegesatz der Pflegekasse (aktuell 1.262 Euro bei Pflegegrad 3) und einen Eigenanteil von knapp 1.200 Euro. Eine Altersrente von 830 Euro pro Monat ist hierfür nicht ausreichend, ergänzend müsste Sozialhilfe beantragt werden. Mittlerweile ist fast die Hälfte der Pflegebedürftigen auf „Hilfe zur Pflege“, auf Sozialhilfe angewiesen. Dabei sollte genau dies durch die Pflegeversicherung vermieden werden. Und seit Jahren steigt die Zahl der Pflegebedürftigen, die nicht ohne diese Hilfe auskommen, an.

Durch die defizitäre Situation in Deutschland hat sich inzwischen ein grauer Markt etabliert, der beispielsweise der Beschäftigung privat bezahlter (fachfremder) Pflegekräfte vorwiegend aus Osteuropa durch Angehörige von Pflegebedürftigen Tür und Tor öffnet. Ohne spezifische Arbeitserlaubnis können sie durch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU in deutschen Privathaushalten angestellt werden. Während eine 24 Stunden Pflege durch einen Pflegedienst ca. 10.000 Euro im Monat kosten würde (Quelle ver.di), erhält eine Haushaltshilfe zwischen 1.200 und 2.400 Euro im Monat - es gibt auch ausbeuterische Sklavenverhältnisse, wo Wanderarbeiterinnen nur 900 Euro gezahlt wurde. Dieses Anwachsen des grauen Marktes birgt große Risiken wie beispielsweise zusätzliche ungesicherte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse,

starke ökonomische Abhängigkeiten und fehlende arbeits- und sozialrechtliche Standards. Zudem wird befürchtet, dass die branchenübergreifenden Mindestlohnregelungen unterlaufen werden.

Was also tun?

Ein Jahr nach Einführung des Pflegestärkungsgesetzes II, (PSGII) hat sich an der prekären Situation des Mangels an Fachkräften in der Pflege – es fehlen 30.000 Arbeitskräfte – nichts geändert, der Pflegebedarf wächst, die zukünftigen Bedarfe lassen sich mit der Teilkasko-Pflegeversicherung nicht mehr realisieren, zumal bald durch die Babyboomer-Generationen der 1960er Jahrgänge die Pflegebedarfe steigen werden. Die eingeführten Pflegegrade, die nun auch Krankheitsbilder dementer Menschen mit berücksichtigen, sind mit den festgelegten Pflegegeldern und Sachleistungen genügen nicht, pflegende Angehörige in ihrer aufwändigen Care-Arbeit zu unterstützen, sie sind keine Lohnersatzleistungen.

Dass eine solidarische Bürgerversicherung, in die künftig auch Beamte und Selbständige einzahlen sollen, nun das Nonplusultra einer Lösung des Pflegenotstands darstellen soll, muss also kritisch hinterfragt werden. Hohe Kosten und fehlende Nachhaltigkeit werden erneut das systemische Problem auf nachfolgende Generationen verschieben. Vielmehr sollte es um eine deutlichere Anerkennung der Care-Arbeit für die Zukunft und ihre Wertschöpfung gehen. Die Betreuung von Kindern, die Versorgung und Pflege von Menschen mit Essen und der Hilfe im Alltag sind keine Nebensächlichkeiten, sondern sie sind volkswirtschaftlich bedeutsam. Ihre Wertschöpfung ist um ein Vielfaches höher als jene der produzierenden Industrie. Faktisch ist die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie eine Spätfolge eines Zwei-Sphären-Dualismus seit Bismarck, die einer Politisierung und einer systematischen Aufhebung dieser zwei Sphären bedarf.

Eine bessere Versorgung in der Pflege – ambulant und stationär – kann nur durch neue politische Strategien auch hinsichtlich einer steuerlichen Umverteilung erfolgen. Hierzu ist eine gesellschaftliche Diskussion notwendig, die durch politische Parteien in Zukunft nicht mehr gescheut werden sollte. Vertraut man den länderübergreifenden Ergebnissen von Studien und Umfragen, beispielsweise in Schweden oder auch in Deutschland, so ist eine Mehrheit dazu bereit, dass Steuern in die Pflege investiert werden, denn dieses Thema betrifft alle. Zum Umsteuern auf der Brücke ist es nun höchste Zeit.

links im bundestag

Doppelte Diskriminierung

Frauen werden nicht nur schlechter bezahlt, sondern müssen auch mehr zahlen als Männer. Das hat eine im Dezember 2017 veröffentlichte Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu „Preisdifferenzierungen nach Geschlecht in Deutschland“ gezeigt. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet eine solche diskriminierende Preispraxis – eigentlich. Denn um das Verbot durchzusetzen, müssten Kundinnen individuell klagen. Wer macht das schon? Eben. Deshalb brauchen wir dringend ein Verbandsklagerecht, also die Möglichkeit, dass Verbände oder Interessenvertretungen hier das Gesetz auch wirklich durchsetzen können. Und diesen Druck braucht es, denn es ist kaum vorstellbar, dass Unternehmen freiwillig auf sexistische Extra-Profiten verzichten.“ So Cornelia Möhring, Frauenpolitische Sprecherin der LINKEN Bundestagsfraktion.



Kinderarmut bekämpfen

Rund 1,8 Millionen Kinder sind in Deutschland von Kinderarmut bedroht: Diese alarmierenden Zahlen veröffentlichte das Europäische Statistikkam Eurostat Anfang Januar 2018. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der armutsgefährdeten Kinder drastisch angestiegen. Seit 2006 wuchs die Zahl der Kinder um 300.000. DIE LINKE im Bundestag forderte die amtierende Bundesregierung auf, sich endlich diesem Problem zu stellen.

Zwei-Klassen-Medizin ist kein „Klein-Klein“

„Es ist an der Zeit, endlich das Profitdenken im Gesundheitsbereich zu beenden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Zwei-Klassen-Medizin in der Bundesrepublik abzuschaffen. Wer schon einmal etliche Stunden in einem Wartezimmer verbracht hat, weiß, dass CDU-Präsident Jens Spahn völlig falsch liegt, wenn er die Forderung nach einer Bürgerversicherung als ‚Klein-Klein‘ abtut. Das ist bezeichnend für die Missachtung der einfachen, kleinen Leute durch die CDU, die vom realen Leben der gesetzlich Versicherten offenbar gar nichts mitbekommt“, erklärte Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE.



Foto: tom Weber, pixelio.de

Wohnungslosigkeit in Deutschland – eine Schande nicht nur im Winter

von Katja Kipping

Meist bedarf es der sinkenden Temperaturen und anschwellender Weihnachtsvorfreude, dass sich die Gesellschaft jener erinnert, denen eines der elementaren Menschenrechte verwehrt ist: Das Leben in einer eigenen Wohnung. Dabei ist die winterliche Kälte nur ein Aspekt im Leben der wohnungslosen Menschen, einer, den Staat und Zivilgesellschaft meist notdürftig zu lindern vermögen. Mit Nachtcafés, Übergangswohnheimen und Wärmestuben.

Was jedoch nicht auf den Winter beschränkt ist, sondern das ganze Jahr wirkt, ist das Fehlen eines privaten Rückzugsraumes, eines Ortes der Geborgenheit und Sicherheit. Wer vermag es sich schon vorzustellen, ohne persönliche Erinnerungsstücke, ohne abschließbare Tür, in beständiger Angst, verjagt, beschimpft, bedroht, angegriffen oder bestohlen zu werden zu leben. Nicht zuletzt ist die steigende Zahl der Wohnungslosen in Deutschland die Folge einer verfehlten Wohnungs- und Sozialpolitik: 860.000 Menschen in Deutschland sind gegenwärtig ohne Wohnung

Die Zahl aller Wohnungslosen stieg in Deutschland gegenüber 2014 um 150 Prozent, ohne wohnungslose Geflüchtete gerechnet um 26 Prozent. Ca. 52.000 Menschen leben laut Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ohne jede Unterkunft auf der Straße. Befürchtet wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Anzahl aller Wohnungslosen auf über 1,2 Millionen bis 2018.

Zuwanderung nicht Ursache von Wohnungsnot

Die Zuwanderung verschärft die Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland, ist aber nicht deren wesentliche Ursache. Die ist in einer verfehlten Wohnungs- und Sozialpolitik der letzten Regierungen zu suchen. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper, der Bestand von Sozialwohnungen schrumpft, Kommunen, Bundesländer und der Bund verkaufen eigene Wohnungsbestände an private Investoren, Sozialleistungsbeziehende werden aus ihren Wohnungen ver-

trieben, weil sie Miete vom Armuts-Hartz-IV nicht mehr zahlen können.

Sofortiges Handeln tut Not

Es braucht daher eine radikale Kehrtwende in der Wohnungs- und Sozialpolitik: Wir wollen einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Eine neue soziale und nachhaltige Wohnungspolitik soll die Miete bezahlbar machen, Gewinne deckeln und in bezahlbare Wohnungen investieren. Niemand soll mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Außerdem muss das Wohngeldsystem reformiert werden, Hartz IV durch eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von derzeit 1050 Euro plus im Bedarfsfall Wohngeld ersetzt werden.

Ohne sofortige, entsprechende Initiativen ist zu befürchten, dass Realität wird, was der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Thomas Specht, befürchtet: Die Zahl der Wohnungslosen könnte im Jahre 2018 bis auf 1,2 Millionen Menschen ansteigen.



Foto: Rike, pixelio.de

Höhere Vergütung nötig

Im November hatte das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP) in Köln einen dreistufigen Masterplan Pflege präsentiert. Nach den Vorstellungen der Wissenschaftler müssen die Vergütungen für Pflegepersonal – insbesondere in der Altenpflege – um bis zu 30 Prozent angehoben und in den kommenden vier Jahren bis zu 100.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Diensten geschaffen werden.

Ferner sollen zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von rund 500 Millionen Euro für die Erforschung neuer Versorgungskonzepte, innovativer Technologien und für rund 20.000 Studienplätze von Pflegefachkräften eingeplant werden, wie DIP-Leiter Frank Weidner vorschlägt. Die Kosten für einen solchen Masterplan schätzen die Pflegeforscher auf rund zwölf Milliarden Euro jährlich ab dem Jahr 2020. Die Finanzierung soll zu gleichen Teilen von den gesetzlichen und privaten

Kranken- und Pflegeversicherungen sowie durch zusätzliche Steuermittel von Bund und Ländern aufgebracht werden.

„Seit vielen Jahren ist Pflege durch Personalmangel, Arbeitsverdichtung, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und schlechte Bezahlung gekennzeichnet. DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand in der Altenpflege. Dazu muss ein bundeseinheitlicher und verbindlicher Personalschlüssel eingeführt sowie eine Fachkraftquote von 50 Prozent als Mindeststandard eingehalten werden. Der Pflegemindestlohn muss bundeseinheitlich auf 14,50 Euro erhöht und das Gehaltsniveau von Altenpflegefachkräften an das Niveau der Fachkräfte in der Krankenpflege angeglichen werden. Nur gute Arbeitsbedingungen ermöglichen gute Pflege. Um dies zu finanzieren, brauchen wir den Einstieg in die Solidarische Pflegeversicherung“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann.

BUMS! gegründet

Am 02.12. trafen sich die Mitglieder des Selbsthilfenetzwerkes „BUMS!“ (Behinderung und Menschenrechte in Sachsen) zum ersten Mal in der WIR AG und haben bei diesem Treffen innerhalb des Netzwerkes neue Strukturen geschaffen, in dem sie die LIGA Selbstvertretung gründeten.

Eine Liga, in der laut Statut nur Betroffene Stimmrecht haben usw. Das hat es in Sachsen noch nie gegeben und ist somit behindertenpolitisch historisch in Sachsen – und das hat es in der WIR AG gegeben!

Laut einer Pressemitteilung, die über www.kobinet-nachrichten.org/ veröffentlicht wurde, können sowohl sächsische Selbstvertretungsorganisationen als auch einzelne Menschen mit Behinderungen angehören. Hauptaufgabe der LIGA wird es sein, daß die konsequente Einbeziehung aller Menschen mit Behinderungen in die Landesgesetze zur Umsetzung – und damit Verbesserung! - des Bundesteilhabegesetzes gelingen muss.



Buchtipp

Auf dem Weg zu mir selbst

Birger Höhn hat vor kurzem seine Biografie unter dem Titel „Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus“ herausgebracht, daß in einer Matinee im UFA Kristallpalast kurz vorgestellt wurde.

In leicht verständlicher Sprache beschreibt Birger Höhn darin eindrucksvoll und bewegend seinen bisherigen Lebenslauf und schildert auch, wie er zu den LINKEN kam. Es gibt schon einige Menschen mit Autismus, die ihre Biografie herausgebracht haben. Das besondere an diesem Buch ist, daß es auch ein politisches Buch ist, da es Bezug nimmt auf die Themenfelder Inklusion und auch auf die katastrophale Sozialpolitik der Bundesregierung. Das Buch beinhaltet außerdem ein Zitat von Katja Kipping während ihrer Rede auf dem Dresdner Bundesparteitag 2013, die Bezug nimmt auf Birgers Fall.

Das Buch ist nicht im Buchhandel erhältlich, sondern kann bei Birger selber unter seiner Mailadresse birger.hoehn@dielinke-dresden.de, beim Verlag Edition Freiberg unter www.edition-freiberg.de oder bei den Lesungen erworben werden.

Es kostet 5 Euro und umfaßt 80 Seiten. Bei Versand kommen 1 Euro Versandkosten hinzu. Derzeit sind in Dresden Lesungen am 25. Januar um 18 Uhr in der Dreikönigskirche in der Begegnungsstätte des Ambulanten Behindertenzentrums und am 09. April in der WIR AG um 18 Uhr mit Katja Kipping geplant. Außerdem wird eine Lesung in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sein. In nächster Zeit wird es ein Portrait von Birger, auch mit diesem Buch, in der Sächsischen Zeitung geben. Das Lesen lohnt!

Förderpreis Dresdner Laienchöre

Stärkung der Laienchöre

von Waldemar Peine

Das oft nur als musikalisches Randgeschehen wahrgenommene Chorsingen in unserer, durch Hochkultur geprägten Stadt, an diesem Abend in Dresdner Kulturpalast stand es im Mittelpunkt.

Genugtuung, zwar nicht unbegrenzt, da über einige Vorgaben und Begleitumstände zu reden ist, aber für Sängerinnen und Sänger auf der Bühne und im Saal gestärktes Selbstbewusstsein. Es war schön, die „Weihnachtsnachtigall“ vom Kinderchor der Singakademie bis hin zu „Huron Carol“ von Camerate Cantorum in vokaler Klangsönheit zu lauschen. Gut geführte Stimmen zur ausgewogenen Klangfülle sich zusammenfügend, nicht nur bei diesen, auch bei weiteren Chören, zu Recht von einer nicht weiter vorgestellten Jury ausgezeichnet.

Weit weg war dieser Chortag von den Traditionen „Altdeutschen Chorsingens“, leider wartete man auch vergebens

auf das erhaltenswerte Liedgut unserer speziell ostdeutschen Vergangenheit.

Dresden hat nun seinen Chortag, und dass wir ihn jetzt haben, ist wohl auch auf einen, in unserem Kommunalwahlprogramm aufgenommenen Ergänzungsantrag rückführbar, welcher 2014 durchaus nicht auf ungeteilte Zustimmung der Führungsspitze unseres Stadtverbandes stieß.

Heute, vergleiche Grußwort unserer Bürgermeisterin, gibt es andere Einsichten. Wenn in diesem Grußwort das Singen in der Gemeinschaft sogar als eine „Bereicherung des Zusammenlebens unserer Stadtgesellschaft“ gewürdigt wird, muss man wohl von einem späten Ansatz neuen Denkens zuständiger Bereiche unserer Stadtverwaltung sprechen.

Nunmehr, fast schon überschwängliches Lob für die Dresdner Laienchöre

gesprochen und geschrieben von den zuständigen Amtsträgern unserer Stadt. Der verkündete Ausblick lässt uns in froher Zuversicht, dass es den Dresdner Förderpreis auch 2018 geben wird.

Dann, so wäre zu hoffen, bekommen alle sich bewerbenden Chöre eine Auftrittsmöglichkeit, wird das „deutschsprachige Volkslied“ in einer Kategorie des Preisträgerprogramms nicht nur genannt, sondern tatsächlich auch gesungen. In einer längst überfälligen Fortschreibung des Kulturentwicklungsplanes aus dem Jahre 2008 sollte die Ausrichtung der Förderung auf „qualitative hochstehende Leistungen“ überwunden werden. Der 16. Dezember 2017 in unserem wunderschönen Kulturpalast war dafür ein Beginnen.

Waldemar Peine ist Sänger im Chor „Friedrich Wolf“ Dresden



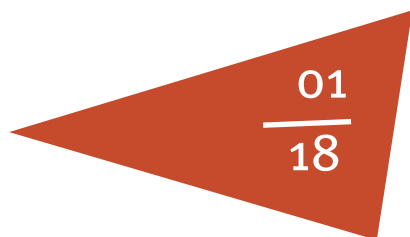
Der Chor „Friedrich Wolf“ bei einem Auftritt

Jochen Kretschmer wird 80!



Als Wilhelm Busch in Hoppes Hoftheater, mit Helga Werner und Julia Klawonn (2017)

Jochen Kretschmer wurde am 8. Januar 1938 in Breslau geboren. Er studierte 1957-60 an der Theaterhochschule „Hans Otto“ in Leipzig, es folgten verschiedene Engagements: 1960-63 am Theater der Jungen Generation Dresden, 1963-67 Städtische Bühnen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) sowie von 1967-2003 am Staatsschauspiel Dresden. Er spielte und sang u. a. den Macheath in Brechts „Dreigroschenoper“ den Jago in „Othello“, in „Ritter der Tafelrunde“ und den Dorfrichter Adam in Kleists „Der zerbrochene Krug“. Seit 2003 ist er freier Schauspieler in Dresden, nicht zuletzt bekannt durch diverse Film- und Fernsehproduktionen „Krupp - Eine deutsche Familie“, „Der Turm“, „Tatori“ und „SoKo Wismar“. 2017 konnte man ihn als Wilhelm Busch in Hoppes Hoftheater und als Henker in Dürrmatts Erzählung „Die Panne“ im Kleinen Haus sehen.



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Januar 2018

Neue Schulen für Dresden!

Gemeinsam mit Schulvertretern und großem Engagement wurden von Rot-Grün-Rot machbare Alternativen zum Schulnetzplan entwickelt: Sogar die CDU ist mit im Boot.

von Anja Apel

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind durch den Gesetzgeber beauftragt, für ihr Zuständigkeitsgebiet einen Schulnetzplan aufzustellen. „Es soll dabei gesichert werden“, so der Gesetzgeber, „dass für jeden Schüler in zumutbarer Entfernung ein adäquates Beschulungsangebot in hoher Qualität zur Verfügung steht.“

Das Vorlegen eines aktualisierten Schulnetzplanes muss alle fünf Jahre erfolgen. Eine vorzeitige Anpassung ist vorzunehmen, wenn die tatsächlichen Gegebenheiten (zum Beispiel Änderung der Prognosezahlen) dieses erfordern. Die Schulverwaltung (damals noch unter Leitung von Bürgermeister Lames) legte einen Referentenentwurf vor. Dieser wurde in der Öffentlichkeit diskutiert und im Anschluss überarbeitet. Kurz vor der Sommerpause 2017 wurde ein endgültiger Entwurf vorgelegt, welcher sich aufgrund von veränderten Prognosezahlen und einem Bürgermeisterwechsel, jetzt ist Bildungsbürgermeister Vorjohann dafür zuständig, sehr vom ersten Entwurf unterschied.

Neue Grundschulplätze schaffen!

Gemeinsam mit SPD und Grünen verständigten wir uns mit Schulleitungen, Elternvertretungen und Ortsbeiräten und entwickelten einen sehr umfangreichen Änderungsantrag zu diesem neuen Schulnetzplan. Diesen haben wir anschließend mit der CDU verhandelt und so entstand ein 15 Punkte umfassender interfraktioneller Antrag von CDU-LINKE-Grüne-SPD. Sehr schnell einig waren wir uns über



den/bei dem größeren Bedarf an Grundschulen. Da die Standortentwicklung und der Bau einer Schule fünf bis sechs Jahre dauert und für Grundschüler*innen der Schulweg nicht so weit sein soll, ist es in diesem Fall besonders wichtig, rechtzeitig die richtigen Beschlüsse zu fassen. Im neuen Schulgesetz gibt es in den nächsten Jahren Veränderungen, welche wir jetzt schon mit einplanen müssen. Zum Beispiel sollen künftig nicht mehr 28 Schüler*innen als Klassenobergrenze gelten, sondern 25. Auch sollen Schüler*innen mit einem möglichen Förderbedarf im Bereich „Lernen“ oder soziale und emotionale Entwicklungen ab August 2023 an den wohnortnahen Grundschulen bleiben und dort die notwendige Unterstützung erhalten.

Konkret gibt es im Grundschulbereich folgenden Nachbesserungsbedarf: Wir sehen in Plauen die Notwendigkeit

eines zusätzlichen Grundschulstandortes und möchten die Grundschule Cämmerswalder Straße wiedereröffnen. Zum Glück gibt es das Schulgebäude noch. Dadurch können wir auch verhindern, dass die Robinsonschule nach Pieschen ziehen muss. Auch in Naußlitz (74. GS) und Schönfeld/Weißig reicht die Zahl der Grundschulplätze nicht aus. Da beide Grundschulen an ihrem Standort nicht erweiterbar sind, muss eine Lösung gefunden werden und eventuell jeweils ein Neubau erfolgen.

Im Altstadtbereich, der Lingnerstadt, werden viele Wohnungen gebaut. Zur Bebauungsvorlage forderte die Schulverwaltung, dass Flächen nach Gemeinbedarf ausgewiesen werden müssten, um Kita und Grundschule zu bauen. Das wurde von Hoch- und Tiefbauamt abgelehnt. Das ist unserer Ansicht nach kurzfristig. Diese Pläne müssen durch die Politiker*innen geändert werden, um

in diesem Bereich eine weitere Grundschule zu gründen. Ebenso wird in Blasewitz ein neuer Grundschulstandort gebraucht, diese Grundschule könnte durch Reaktivierung der ruhenden Schule (Altenberger Str. 83) oder Nutzung der Bauauslagerungsschule (Berthelsdorfer Weg) entstehen. Die 8. Grundschule in Pieschen soll schnellstens saniert und vierzünftig ausgebaut werden. Wir fordern auch, den Ersatzneubau des Gymnasiums Klotzsche im Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 mit einzuplanen. Für die Auslagerung der über 1.000 Schüler*innen an die Gehestraße (Pieschen – Oberschule und Gymnasium) haben wir nur ein kurzes Zeitfenster. Denn die dort neugebauten Schulen wachsen erst auf und benötigen noch nicht ihr gesamtes Schulgebäude. Das wird sich jedoch ändern.

Ein weiteres Problem: Die neue Oberschule an der Ecke Stauffenbergallee/Königsbrücker Straße, welche für den Dresdner Norden gebaut wird, wird nicht rechtzeitig fertig sein. Um den Bedarf zu decken, könnte diese Schule im Containerbau des Gymnasium Klotzsche vorgegründet werden, den der Standort zusätzlich zum Schulgebäude hat. Einen interfraktionellen Antrag diesen Ausmaßes hat es in der Form in der Geschichte des Stadtrates noch nicht gegeben. Ich erinnere mich noch gut an meinen Änderungsantrag zum letzten Schulnetzplan. Weder schafften wir es, uns unter LINKEN, SPD und Grünen zu einigen, noch war die CDU zu einem Gespräch bereit gewesen. Dieser Antrag zeigt deutlich, dass wir eine andere Kultur des miteinander Redens ins Rathaus gebracht haben.

Extreme Rechte will Dresden erneut für Aufmärsche missbrauchen

von Max Kretschmar

Extrem rechte politische Gruppierungen wollen die Stadt Dresden im Februar 2018 erneut für Aufmärsche missbrauchen. Dies ergibt sich aus Antworten von Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf schriftliche Anfragen des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach. Hiernach wurde für den 13. Februar 2018 eine Kundgebung der Gruppierung „Wellenlängen“ angemeldet. Weiterhin wurde durch die „Volks-treue Bürgerrechtsbewegung für Meinungsfreiheit und nationale Selbstbe-

stimmung“ für den 17. Februar 2018 ein „Gedenkmarsch“ angezeigt, der durch die Dresdner Altstadt und die Dresdner Neustadt (!) führen soll. Zudem sind für den 05., 12., 19. und 26. Februar 2018 Demonstrationen von PEGIDA geplant. Dazu sagt André Schollbach: „Immer wieder missbrauchen extrem rechte Organisationen die Stadt Dresden für ihre Aufmärsche. In der Vergangenheit wurde jenen, die Hass und Hetze verbreiten, leider immer wieder zu wenig entgegengesetzt. Wir Dresdnerinnen und Dresdner sollten aktiv und

deutlich zeigen, dass diese Hetzer in unserer Stadt nicht willkommen sind.“

Im Zusammenhang mit Aufmärschen der extremen Rechten steht die Dresdner Versammlungsbehörde bereits seit längerer Zeit in der Kritik. Vielfach entsteht der Eindruck, dass dieses politische Spektrum recht freundlich behandelt wird, während sich der Gegenprotest immer wieder Behinderungen ausgesetzt sieht. Daher ließ die Stadtverwaltung ein Gutachten dazu erstellen. Fazit: Die Arbeit der Versammlungsbehörde sei

im Wesentlichen nicht zu beanstanden. André Schollbach hat sich das Gutachten einmal näher angeschaut und kommt zu folgender Einschätzung: „Die entscheidende Frage wurde gar nicht untersucht, weil sie nicht Gegenstand des Auftrags des von der Rathausspitze veranlassten Gutachtens war. Das zentrale Problem besteht in der unzureichenden Kontrolle und Durchsetzung von Auflagen, die in der Praxis dazu führen, dass Rechtsradikale bei ihren Aufmärschen in Dresden unbehelligt bleiben und weitgehende Freiheiten genießen.“



111 Jahre Kinder- und Jugendzahnklinik in Dresden

von Pia Barkow

Als Carl August Lingner - u.a. bekannt durch sein Mundwasser „Odol“ - im Jahr 1906 die erste Schulzahnklinik in Dresden gründete, hätte er sich vermutlich nicht träumen lassen, dass diese so lange Bestand haben werde. Damals ließ er Kinder aus den Volksschulen untersuchen und behandeln. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 und dem zeitweiligen Erliegen der Untersuchungstätigkeit wurde die Idee in der DDR weitergetragen. Im gesamten Staatsgebiet der DDR wurden Jugendzahnkliniken errichtet bzw. weitergeführt. Die Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen hatte einen hohen Stellenwert, so sollten entsprechend der 1979 hierfür eigens eingeführten Richtlinie alle Kinder vom 2. Lebensjahr an bis zum Ende der Schulzeit regelmäßige von Zahnärztinnen oder Zahnärzten untersucht werden.

Diese Praxis fand in Dresden über die Parteigrenzen hinweg großen Zuspruch und so fasste der Stadtrat am 27. Juni 1991 den Beschluss, die Jugendzahnklinik in kommunaler Trägerschaft zu erhalten – und sicherte damit als einzige Kommune den Fortbestand der zu DDR-Zeiten ein- oder fortgeführten Jugendzahnkliniken.

Das Vorgehen der Kinder- und Jugendzahnklinik ist dabei über die Jahrzehnte nahezu gleichgeblieben: alle Kitagruppen und Schulklassen bis Klassenstufe 7 bekommen einmal jährlich Besuch von der Zahnärztin bzw. dem Zahnarzt, das entspricht etwa 60.000 Kindern. Sie untersuchen Zähne und Kieferstellung und zeigen, wie richtig geputzt wird. Sollte bei einzelnen Kindern eine weiterführende Behandlung notwendig sein, werden die Eltern per Brief informiert.

Die Klinik beobachtet dabei auch die Entwicklung der Zahngesundheit der

Kinder, die Häufigkeit von Karies oder auffälligen kieferorthopädischen Befunden. Glücklicherweise hat sich an den Ergebnissen der Untersuchungen einiges verbessert. So ist es um die Zahngesundheit der Kinder heute sehr gut bestellt ist, etwa 80% der Eins- bis Siebenjährigen haben gesunde Zähne. Bei den Sieben- bis Zehnjährigen sinkt dieser Wert auf 54%. Aber grundsätzlich stieg der Anteil an Kindern mit gesunden Zähnen in allen Altersgruppen in den letzten Jahren.

Die WHO fordert bis 2020 eine Kariesfreiheit bei Sechsjährigen von 80 Prozent. Denn eine gesunde Zahnentwicklung ist von großer Wichtigkeit, nicht nur für das Kauen und Essen, sondern auch für die Entwicklung der Sprache, das reguläre Wachsen der Kieferknochen und nicht zuletzt für das soziale Miteinander. Trotz dieser enormen Bedeutung ist frühkindliche Karies gegenwärtig eine der häufigsten chronischen Erkrankungen im Kleinkind- und Vorschulalter.

Allerdings zeigt sich leider sehr deutlich eine soziale Grenze, so ist Karies an Schulen und in Stadtteilen mit vielen Kindern aus finanziell schwachen Elternhäusern deutlich häufiger vertreten. Umso wichtiger ist es, dass die kommunale Kinder- und Jugendzahnklinik alle Schulklassen besucht, vor allem auch jene, die mit den eigenen Eltern nicht so oft zum Zahnarzt oder zur Zahnärztin gehen.

Damit die Kinder- und Jugendzahnklinik ihre wichtige Arbeit auch in Zukunft weiterhin gut erfüllen kann, haben wir einen Antrag entwickelt, der zusätzliches Personal und eine Erneuerung der technischen Geräte vorsieht. So soll auf die wachsende Kinderzahl reagiert werden können, gerade in finanziell schlechter gestellten Stadtteilen.

Anfang kommenden Jahres sollen diese Erneuerungen von rotgrünorange beschlossen werden.

Ausschreibung



Foto: Marko Greitschus, pixelio.de

Mitglied für den Kriminalpräventiven Rat gesucht

Für die Besetzung eines Sitzes für den Kriminalpräventiven Rat der Landeshauptstadt Dresden sucht DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Interessierte, die die politischen Ziele der LINKEN teilen.

Der Kriminalpräventive Rat wurde nach einem Stadtratsbeschluss im Jahr 1996 gegründet. Er fungiert als Beratungsgremium des Oberbürgermeisters unter dem paritätischen Vorsitz des Beigeordneten für Ordnung und Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden sowie des Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Dresden. Mitglieder

sind Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen, der einzelnen Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, der Polizeidirektion und der Justiz. Aufgaben des Kriminalpräventiven Rats bestehen in der Erarbeitung und Empfehlung von Maßnahmen, die dazu beitragen können, die Kriminalität in der Landeshauptstadt Dresden vorbeugend zu verhindern bzw. zu verringern. Ereignisbezogen und problemorientiert werden, ausgehend von der realen Kriminalitätslage in der Landeshauptstadt Dresden, Schwerpunkte erarbeitet, um flexibel auf diese reagieren zu können.

Das Gremium sieht seine Aufgaben auf allen Gebieten/Bereichen der Kriminalprävention. Zu den Projekten des Rats gehören u.a. das Fanprojekt Dresden e.V., die Graffitiprävention, die Jugendgerichtshilfe und das Kinderschutzprojekt „Bärenstarker August“.

Rückmeldung bei Interesse bitte bis zum 23.01.2018 an: Mail: linke-fraktion@dresden.de Post: Fraktion DIE LINKE Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kurz&Knapp aus dem #staddrat



Zu Beginn der Sitzung fragte **André Schollbach** während der Fragestunde nach dem baulichen Zustand und den vorhandenen Mängeln an den Dresdner Elbebrücken. Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain beschrieb den Sanierungsstand der einzelnen Brücken. Bemerkenswert war die Antwort zum Blauen Wunder, wo die schrittweise Sanierung bis 2030 dauern wird, eine Schließung der Brücke wird nicht notwendig sein, sowie zur Augustusbrücke, wo weit größere Schäden aufgetaucht sind als angenommen und man nicht mit Sicherheit sagen könne, ob der Zeitplan eingehalten werden könne.

Nie wieder BRN-Chaos!

"Mehr Transparenz in der Anmeldepraxis für die Bunte Republik Neustadt": Mit diesem von LINKEN und GRÜNEN eingereichten Antrag wird auf das Anmeldechaos im Vorfeld der letzten BRN reagiert und die Anmeldepraxis für das Stadtteilstfest transparenter gestaltet.

Jacqueline Muth, Miteinbringerin des Antrages: "Zukünftig soll der Ortsbeirat Neustadt ein halbes Jahr vor dem Beginn der Bunten Republik Neustadt verbindlich informiert werden, damit sich jede und jeder Interessierte an der öffentlichen Debatte beteiligen kann. Bisher betrug der Zeitraum höchstens wenige Wochen, manchmal sogar nur wenige Tage. Das ist nicht länger tragbar und erschwert die Vorbereitungen zur Bunten Republik Neustadt unnötig."

Der Stadtrat stimmte für den Antrag.



Asylunterbringung

Verantwortung Dresdens

Flüchtlinge erhalten für eine Übergangszeit eine einfache Unterkunft zugewiesen. Zunächst werden Sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) untergebracht. Dafür ist der Freistaat Sachsen zuständig. In der EAE werden die Flüchtlinge registriert und medizinisch untersucht. In einfachen Kursen erfahren sie schon die ersten grundlegenden Informationen über das Leben in Deutschland.

Danach werden die Flüchtlinge auf Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen verteilt und bleiben hier während ihres Asylverfahrens. Dafür sind die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) zuständig. Als kreisfreie Stadt steht die Landeshauptstadt Dresden in der Verantwortung, ihren Beitrag für die Unterstützung der geflüchteten Menschen zu leisten. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung. Es ist auch verbindlich im § 2 des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes geregelt. Die Stadt darf nicht auswählen „wen“ sie aufnimmt. Dresden hat die Pflicht, Unterbringung, Versorgung und Betreuung aller ihr zugewiesenen Asylsuchenden sicherzustellen.

Um das Miteinander der alten und der neuen Nachbarn in den Stadtregionen besser zu koordinieren und zu gestalten, hat die Stadt ein flächendeckendes System der Flüchtlingssozialarbeit aufgebaut und vier regionale Koordinierungsstellen eingerichtet. Die Regionalkoordinatoren sind Ansprechpartner für die Nachbarschaften, sie wirken zum Beispiel bei Umzügen von Flüchtlingen mit, organisieren Patenschaften und Nachbarschaftstreffs und schlichten Meinungsverschiedenheiten.

weitere Informationen:
www.dresden.de

Gemeinsam wurde eine Lösung gefunden

Preise für Wohnheimplätze und Gewährleistungswohnungen wurden neu geregelt

von Kerstin Wagner

In der Sitzung vom 14.12.2017 beschloss der Dresdner Stadtrat die Fortschreibung der Unterbringungs-satzungen für Asylsuchende und Wohnungslose Menschen in Dresden. Dresden hat die Pflicht zur Unterbringung dieser beiden Gruppen, die enormen Kosten könnten zumindest auf diejenigen umgelegt werden, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Da es neben den normalen Miet- und Wohnnebenkosten gerade an den Asylheimstandorten einen Wachschatzbedarf gibt, der die durchschnittlichen Kosten pro Bett auf und 600 Euro monatlich getrieben hat, war die Vorlage der Verwaltung zur Anpassung der selbst zu tragenden Anteile für arbeitende Menschen mit ausreichendem Einkommen Auslöser für eine Welle der Entrüstung. Betroffen vom maximalen Eigenanteil wären zwar nur eine handvoll Menschen, deren Einkommen würde aber so erheblich geschröpft, dass die Motivation zu arbeiten sicher nicht steigen würde. Außerdem dürfen diese Personen sich bislang eben nicht selbst aussuchen, wo und wie sie leben möchten. Dass die Unterbringung in einem Mehrbettzimmer in einem Heim 600 Euro kosten sollte, wurde schließlich auch in den Debatte in

den Ausschüssen nicht als angemessen angesehen – selbst die konservative Seite kritisierte die Pläne der Verwaltung.

Eine weitere Gruppe, die durch die Pläne stark betroffen gewesen wären, waren asylsuchende junge Menschen, die eine Ausbildung begonnen hatten. Vielen von ihnen steht keine Ausbildungsförderung zu, sie leben von ihren Lehrlingsentgelt. Manche bekommen einen Zuschuss zur Miete, der aber ebenfalls die 600 Euro nicht gedeckt hätte. Man hätte den Betroffenen die anfallenden Kosten für die Unterbringung stunden können, dann hätten sie aber über die Ausbildungszeit hohe Schulden angehäuft. Bei diesen Betroffenen wäre die Gefahr, die Ausbildung abzubrechen und damit die ersten erfolgreichen Schritte zur Integration zu gefährden, besonders groß. Das musste verhindert werden.

In mehreren Sitzungen versuchten Vertreter von Vereinen, aus der Verwaltung und aus Fraktionen des Stadtrates, einen Kompromiss zu finden, der die Lebensbedingungen der Betroffenen anerkennt. Schließlich fanden wir gemeinsam einen Kompromiss, der auf breite Zustimmung stieß. Die auf Basis des schlüssigen Konzeptes errechneten

Kosten der Unterkunft wurden um die Heizkosten ergänzt und als Maß für einen angemessenen Preis genommen: 70 Prozent der (warmen) Kosten der Unterkunft (KdU) für das Bett in einer Gewährleistungswohnung, 50 Prozent für eines im Wohnheim. Damit zahlen arbeitende Asylbewerber und auch Obdachlose maximal rund 300 Euro monatlich für ihre Unterbringung. Wohlgermerkt – für die meisten Betroffenen bezahlen weiterhin Sozialamt oder Jobcenter die anfallenden Kosten.

LINKE Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann warb für die Möglichkeit, dass die Betroffenen sich selbst Wohnraum suchen dürfen, wenn sie für ihre gesamte Lebenshaltungskosten aufkommen können. Der entsprechende Antrag der LINKEN wurde aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt. SPD und Grünen war der breite Konsens – gemeinsam mit der CDU – wichtiger. In meinen Augen eine verpasste Chance.

Ausblick: Erst Ende 2018 werden die durchschnittlichen Kosten durch die Abmietung zweier großer Heime wieder deutlich sinken. An der gedeckelten Umlegung der Kosten für Betroffene Selbstverdiener wollen wir trotzdem festhalten.

Neue Initiativen #rotgrünrot

Anlagepolitik nach ethischen, sozialen und ökologischen Grundsätzen

Die langjährigen guten Erfahrungen mit den ortsansässigen Banken und Sparkassen sind weiterhin ein Auswahlkriterium für die Zusammenarbeit. Aber die Verantwortung der Kommune für den globalen Handel, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz besteht nicht nur auf dem Papier, ihr kann tatsächlich Rechnung getragen werden. Wenn die liquiden Mittel der Stadt, immerhin rund 500 Millionen Euro, nach ökologischen, sozialen und ethischen Richtlinien angelegt werden, trägt die Kommune zur Finanzierung nachhaltiger, ökologischer, sozialer und friedensstiftender Projekte bei. Jeder Euro, der nicht in Waffenproduktion, Fracking oder Kinderarbeit „angelegt“ wird, unterstützt im Gegenteil Unternehmen, die ethisch, sozial und ökologisch nachhaltig handeln.

Umsetzung „Sozialer Projekte“ im Themenfeld Gesundheit

Im Doppelhaushalt 2017/18 sind durch Initiative von Rot-Grün-Rot Mittel zur Umsetzung sozialer Projekte bzw. zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden. So werden Familienhebammen und Familienkinderkrankenschwestern des Gesundheitsamtes Familien, junge Mütter und Väter in Risikosituationen und besonders belastenden Lebenssituationen

unterstützen. Die Kinder- und Jugendzahnklinik leistet mit ihrer frühestmöglichen zahnärztlichen Betreuung einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung bzw. Aufrechterhaltung der Zahngesundheit Dresdner Kinder (siehe Beitrag auf Seite 2). Schon lange ist bekannt, dass Dresden eine weitere sozialtherapeutische Wohnstätte benötigt: Ein neues Angebot soll nun mit 194.000 Euro geschaffen werden.

Beflecktes Andenken

Denkmalpfleger Prof. Dr. Hans Nadler war während des Dritten Reiches Mitglied in der NSDAP, der SA, Kriegsfreiwilliger 1939 und seine Promotionsarbeit wurde in die Kulturpolitik der Nazis eingebunden

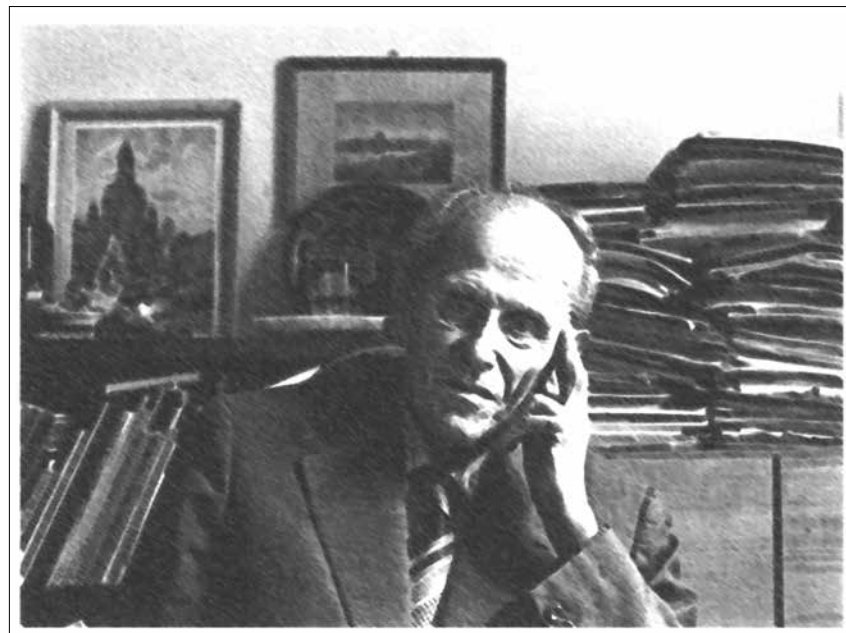
von Tilo Wirtz

Beliebt bei den notorisch nach Selbstbeweihräucherung heischenden Fraktionen in der häufig öffentlich unterbelichteten Kommunalpolitik ist die Benennung von Straßen nach bedeutenden Persönlichkeiten. Dies geschieht nicht nur uneigennützig zum Selbstzweck, sondern verbunden mit der Hoffnung, dass etwas vom Abglanz der Geehrten auf die Ehrenden zurückfallen möge. Für ein-zwei Zeitungsmeldungen sind Straßenbenennungen gut und der Aufwand ist gering, schlagen doch Straßenschilder finanziell nur mit überschaubaren 300 Euro pro Stück zu Buche. Gelegentlich geraten allerdings die Denkmale während des Aufrichtens aus dem Lot in Schiefelage und stürzen sogar um, wobei die Aufrichtenden in Gefahr geraten, mitgerissen zu werden.

So geschehen etwa beim Kriegsverherrlicher und frühen Nazi-Fan Felix Graf von Luckner oder der Kochbuchautorin Bertha Dißmann. Letztere zeigte mit martialischen Publikationen für Kriegsrezepte „Wer spart, hilft siegen!“ oder der euphorischen Huldigung des Führers im Vorwort zu Tafelspitz und Co, dass gelegentlich auch gutbürgerliche Kochbücher Gegenstand antifaschistischen Engagements und entschiedener Friedenspolitik sein müssen. Sah man bei ersterem, beim Grafen, noch von

einer Straßenbenennung ab, nicht jedoch wegen seiner Kriegsbücher und seines frühen Engagements für die Nazis, sondern wegen bekannt gewordener pädophiler Tatbestände, verhinderte die stramm nationalistische und treu nazistische Gesinnung der Dißmann nicht, dass sie trotzdem unter noch konservativer Mehrheit auf einem Straßenschild in Dresden verewigt wurde.

Allerdings scheint die Straßenbenennung nach Dißmann zumindest für die CDU im Stadtrat nun im Nachhinein zum Pyrrhussieg zu werden. Denn seit der Affäre Dißmann prüft die Stadtverwaltung grundsätzlich alle vorgeschlagenen seinerzeit lebenden Persönlichkeiten beim Bundesarchiv auf Mitgliedschaft in der NSDAP und anderen faschistischen Organisationen. Und ausgerechnet beim Nestor der sächsischen Denkmalpflege, Professor Hans Nadler, der von der CDU-Fraktion für eine Straßenbenennung vorgeschlagen wurde, schlug der Alarm an. Denn das Archiv vermeldete für Nadler eine Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1937. Es muss der Vollständigkeit halber aber ergänzt werden, dass bereits in einem im Jahre 2016 erschienen Buch seitens der Tochter Hans Nadlers offen über die Mitgliedschaft in der NSDAP und der SA sowie seiner Mel-



dung als Kriegsfreiwilliger im Jahre 1939 berichtet wird, allerdings ohne eine Erklärung oder Auseinandersetzung damit. Der Befund ist bisher aber noch nicht öffentlich diskutiert worden.

Nach gängiger kritischer Auseinandersetzung mit Biografien im Dritten Reich ist eine bloße Mitgliedschaft in Organisationen nicht unbedingt ein Grund, von öffentlichen Ehrungen abzusehen. Es kommt auf die Würdigung des Agierens der betreffenden Menschen an. Nach weiterer Untersuchung von Nadlers Leben im Dritten Reich sind die Anzeichen aber eher alarmierend.

Denn Nadler promovierte von 1937 bis 1940 über die Burg Göltzsch in Rodewisch im Vogtland. Im Jahre 2016 wurde die unter Hans Nadler Ende der dreißiger Jahre historisierend wieder aufgebaute Burg saniert. Dabei wurden in der Kugel über dem Turm zwei Briefe von Hans Nadler gefunden. Die Erwähnung des damaligen Reichsstatthalters Martin Mutschmann mit Dank „für zwei alte Schellen“ – gemeint sind kleine Glocken, sowie weiter des Bürgermeisters, des Ortsgruppenleiters der NSDAP sowie des Reichsarbeitsdienstes, welcher die Ausgrabungsarbeiten ausführte, lassen im gesamten Duktus nicht die geringste Distanz zum damaligen System erkennen, vielmehr ist Nadler hier im Ungeist der Zeit eingereicht. Einigermaßen verblüffend ist auch die naive Unbefangenheit, mit der in Rodewisch mit den Briefen umgegangen wird.

Auch die bereits vor Abschluss seiner Doktorarbeit getätigten Veröffentlichungen werfen Fragen auf. So schrieb Nadler in der Zeitschrift des Heimatwerkes Sachsen 1938/3 über sein damaliges Thema unter der bemerkenswerten Überschrift „Wasserburg Göltzsch - Bollwerk deutscher Kultur“. Das Heimatwerk Sachsen war dabei keine harmlose unpolitische Veranstaltung, sondern ging auf Initiative des Reichsstatthalters Martin Mutschmann zurück. Sowohl

Forschungsarbeiten des Historikers Thomas Schaarschmidt sowie die im Internet teils auffindbaren Inhaltsverzeichnisse der Publikationen des Heimatwerkes zeigen eine völlige Einbindung in die völkische Blut-und-Boden-Ideologie des deutschen Faschismus.

Noch nicht abgeschlossen ist eine Auswertung der genannten Veröffentlichungen Hans Nadlers, da die Quellen noch nicht zur Verfügung stehen. Interessant wäre dabei auch eine Einsichtnahme in seine Doktorarbeit, die in der Bibliothek des Landesamtes für Denkmalpflege erhalten ist. Allerdings ist bereits jetzt bei aller Zurückhaltung kaum zu leugnen, dass Hans Nadler die Politik des NS, die unter anderem zur Zerstörung des alten Dresden geführt hat, selbst als junger Mann mitgetragen, gebilligt, intellektuell in seiner Arbeit und aktiv bis hin zur freiwilligen Teilnahme am 2. Weltkrieg unterstützt hat. Eine Reflexion dieser eigenen Mitverantwortung fehlt in den Berichten von und über Hans Nadler. Auch die Dissidenz zu den SED-Machthabern erscheint vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht.

Quellen:

Sammelband „Hans Nadler 1910 – 2005 – Ein Leben in fünf Staatsordnungen – Ein Leben für die sächsische Kulturlandschaft“ zusammengestellt von Manfred Hammer, herausgegeben vom Verein Ländliche Bauwerke e. V. 2016
Zum Heimatwerk Sachsen in „Braune Karrieren“, Sandstein Verlag, der Beitrag über Arthur Graefe
www.rodewisch.de/news/1/332881/nachrichten/schriften-von-hans-nadler-gefunden.html
de.wikipedia.org/wiki/Heimatwerk_Sachsen
www.zvab.com/buch-suchen/titel/sachsen-zeitschrift/autor/heimatwerk-sachsen/

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Tilo Wirtz, Anja Apel, Pia Barkow, Max Kretzschmar, Kerstin Wagner, Sebastian Schindler
Fotos: pixabay

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Die nächste Ausgabe erscheint am:
29. Januar 2018

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

 © Klaus Gigga Brückenpark	 © Klaus Gigga Der fliegende Teppich	 © Klaus Gigga Elb meets Florenz	 © Klaus Gigga GhettoResidency
 © Klaus Gigga Grunauer Nachbarschaftstage	 © Klaus Gigga Judaica in Dresdner Sammlungen	 © Klaus Gigga Ideenwerkstatt 950 Jahre Löbtau	 © Klaus Gigga Polylog
 © Klaus Gigga Sound City Lab	 © Klaus Gigga Straßentheaterprojekt	 © Klaus Gigga Wunschraumproduktion	 © Klaus Gigga You, me & mei

2025 Euro für 2025

Das Kulturhauptstadtbüro schrieb im Rahmen des Projektes „2025 Euro für 2025“ zehn Kleinprojekte aus. AntragstellerInnen und Antragsteller konnten eine Förderung von jeweils 2025 Euro für ein Projekt erhalten, um dieses im Jahr 2017 zu realisieren. Ziel ist es, Ideen auszuprobieren und im Hinblick auf das Jahr 2025 für ein größeres Vorhaben weiterzuentwickeln.



„Haus der Gewerkschaften“ auf dem Maidan

Quer durch die Ukraine

von Franziska Fehst und Patrick Marschner

Die linksjugend Sachsen hatte sich dieses Jahr als einen Fokus gesetzt, mehr internationale Vernetzung und somit auch Bildungsreisen durchzuführen. Gesagt, getan. Dieses Jahr ging es bereits nach Griechenland, nach Polen - nun in die Ukraine. Der Anspruch an die Reise war sehr hoch. Innerhalb einer Woche einen Überblick über die aktuelle Lage verschaffen, über die Landesgeschichte lernen, sich mit verschiedenen Gruppen und Initiativen treffen, austauschen und vernetzen.

Die Reise begann erst einmal in Kiew. Dort hatten wir die Möglichkeit bei einem historischem aber vor allem auch politischen Stadtrundgang mitzumachen. Denn Kiew hat sich vor allem aus städtebaulicher Perspektive in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Neben verschiedenen typischen Gebäuden aus den vergangenen Jahrhunderten, ploppen im Stadtbild immer wieder ultramoderne Einkaufszentren und Hochhäuser auf. Diese sind zumeist durch die Erschleichung der Baugrundstücke von Oligarchen oder Konzernbesitzern entstanden und dienen zumeist nur dem Zweck, auf dem Aktienmarkt Geld zu erwirtschaften. Dadurch wird in naher Zukunft eine Immobilienblase befürchtet. Natürlich ging es auch zum Maidan. Auf dem Foto 1 ist das „Haus der Gewerkschaften“ zu sehen, welches im Februar 2014 ausbrannte. Da man sich über die Renovierung und Nutzung bis heute nicht einig wird, wurde über das Gebäude einfach ein riesengroßes Transparent mit der Aufschrift „Freedom is our religion“ gehängt – ganz so als ob man einfach an die Ereignisse von vor 4 Jahren nicht erinnert werden möchte.

Einige der Gruppe hatten die Chance Babyn Jar zu besichtigen. Babyn Jar war 1941 der Schauplatz des größten einzelnen Massakers an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg, das unter der Verantwortung des Heeres der Wehrmacht durchgeführt wurde. Sie ist öffentlich zugänglich und wird zudem gleichzeitig als Park benutzt. Die Führung gewährte einen Einblick in die Geschichte von Babyn Jar und die Entstehung der verschiedenen

Denkmäler (siehe Foto 2), die zumeist von Privatspendern oder verschiedenen Vereinen errichtet wurden. Ein anderen Aspekt der Landesgeschichte konnte uns durch den Besuch im Tschernobyl-Museum gewährt werden. Das Museum ist sehr darauf bedacht, neben technischen und wissenschaftlichen Aspekten der Katastrophe von 1986, auf die politischen Umstände und die menschlichen Schicksale einzugehen. So wird man im Museum von Modellen wie es zur Katastrophe kam, über Geheimakten und Zeitungsberichte bis hin zu den Auswirkungen in die aktuelle Zeit geführt. Wer einmal in Kiew ist, sollte sich sowohl Babyn Jar wie auch das Tschernobyl-Museum ansehen.



Gedenkstein in Babyn Jar

Der weitere Aufenthalt in der Ukraine war vor allem durch Treffen mit verschiedenen Gruppen und Aktivist_innen geprägt. So trafen wir uns mit der Gruppe „Start“, welche sich gegen Gentrifizierung einsetzt. Weiterhin trafen wir uns mit Vertreter_innen von Studentengewerkschaften, Queerfeministischen und antifaschistischen Gruppen, die über ihre aktuelle Situation in der Ukraine im Kontext der Gesamtsituation für linke, emanzipatorische



Der alte Stadtkern in Charkiw

Gruppen in der Ukraine berichteten. Alle Gruppen gaben klar an, dass ein großer Unterschied zwischen der Situation in Kiew, Charkiw sowie den Flächegebieten in der Ukraine herrscht. Trotz der besseren Ausgangssituation in den Städten ist die Arbeit durch Bedrohung von staatlicher Repression und neofaschistischen Gruppen geprägt.

Unter anderem trafen wir uns auch mit Vertreter_innen der Sozialen Bewegung. Die Soziale Bewegung ist eine Parteigründungsinitiative, welche als Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) gemeldet ist. Inzwischen hatten sie ihren 3. Parteikongress, um sich gemäß den Neuerungen des Staates zur Parteigründung formgerecht aufzustellen. Weiterhin wurde auch ein Parteiprogramm beschlossen, welches dem der Partei „DIE LINKE“ zu 70 % gleicht. Die Besonderheit der Sozialen Bewegung ist, unter anderem, ihr Ideal der Parteienfinanzierung, welches sie unabhängig von Oligarchen vollführen wollen. In der Ukraine gibt es keine staatliche Parteienfinanzierung. Noch fehlen der Bewegung sowohl das Geld, als auch die nötigen Unterschriften, um sich als Partei registrieren zu lassen. Auch wurden die Anzahl der benötigten Unterschriften, als auch die Summe zur

Registrierung kontinuierlich von der Regierung noch oben gesetzt, um eine Neugründung von Parteien zu erschweren. Aufgrund ihres linken und sozialen Profils ist es nicht möglich auf der Straße für ihre Gründung zu werben. Auch besteht die Partei aus einer Koexistenz zwischen Arbeiter*innen (aus Krivoj Rig) und jungen Intellektuellen (Kiew).

Neben Kiew besuchten wir auch den Osten der Ukraine. In Charkiw konnten wir ebenfalls einem politischen Stadtrundgang beiwohnen, der auch hier die verschiedenen Epochen eindrucksvoll beschreiben konnte, sowie der Städtebau in der Post-Sowjet Zeit. Im Foto 3 ist beispielsweise ein sehr schönes, altes Backsteingebäude zu sehen. Der Stadtarchitekt jedoch beschloss einfach die Bachelorarbeit seiner Tochter umsetzen und verbannte das Haus unter einen Glaskasten – ohne Sinn und Zweck.

Insgesamt war dies eine sehr erlebnisreiche Reise, die rundum empfehlenswert ist. Nichts ist besser wie Menschen vor Ort zu begegnen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen.



Foto: wikipedia.org

Fall SIEMENS: Landesvorstand bringt Vergesellschaftung ins Spiel

Auf seiner Sitzung am 15.12. 2017 in Dresden beriet der Landesvorstand der sächsischen LINKEN vor dem Hintergrund der angedrohten Werkschließungen von SIEMENS in Sachsen über eine veränderte Fördermittelpraxis der öffentlichen Hand. In der verabschiedeten Erklärung „Verleihen, beteiligen, vergesellschaften: Öffentliche Förderpraxis im Sinne der Beschäftigten neu denken“ des Landesvorstandes heißt es dazu:

„Es ist selbstverständlich, dass auch unsere Solidarität den Beschäftigten gehört. Gleichwohl wissen wir, dass Solidaritätsadressen und Absichtserklärungen allein eben keinen einzigen Arbeitsplatz retten werden.“ Was es brauche, sei eine gesellschaftliche Diskussion über Ursachen und alternative Wege, wie Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden können. Es brauche einen

Diskurs darüber, „wie Politik wieder Handlungsfähigkeit erreicht. Denn genau diese ist durch verfehlte Fördermittelpolitik, aber auch durch den Ausverkauf öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen abhandengekommen.“

„Daher muss die öffentliche Hand überlegen, ob sie es zulässt, dass diese Arbeitsplätze und damit gesellschaftlich geschaffene Werte einfach wegrationalisiert werden, oder besser im öffentlichen Interesse die Vergesellschaftung und Übergabe des unternehmerischen Eigentums forciert werden sollte“, so in der Erklärung weiter. Immer wieder hätten in der Vergangenheit internationale Konzerne trotz guter Auftragslage vor Ort Beschäftigte entlassen und Betriebsteile geschlossen: „Sei es, weil diese nicht mehr zum Konzernportfolio passten, sei es wegen falscher Managemententscheidungen oder zur

Steigerung der Profite. Wir schaffen die Rahmenbedingungen und notwendigen finanziellen Unterstützungen, die es ermöglichen, dass solche Werke von den MitarbeiterInnen übernommen und in Selbstverwaltung oder als Genossenschaften fortgeführt werden können.“

„Im Grundsatz wollen wir die unmittelbare finanzielle Förderung von Unternehmen auf Darlehen der Mitarbeiter – oder öffentliche Beteiligungen umstellen“, heißt es in der Erklärung weiter: „Wer öffentliche Gelder will, muss öffentliche Willensbildung und demokratische Entscheidungsprozesse ertragen. Diese Maßnahme mögen in den aktuellen Fällen von Siemens oder Bombardier illusorisch klingen, unmöglich sind sie nicht.“

Die vollständige Erklärung unter: www.dielinke-sachsen.de

Kommentiert

Es ist nicht hinnehmbar, dass Siemens einerseits Rekordgewinne einfährt und andererseits Standorte schließen will. Die Beschäftigten in Görlitz genießen meine volle Solidarität im Kampf um ihre Arbeitsplätze!

DIE LINKE will Unternehmen, die Gewinne einfahren – das sind bei Siemens immerhin 6 Milliarden Euro im letzten Jahr – Massenentlassungen gesetzlich verbieten. Dazu werden wir einen Antrag in den Bundestag einbringen. Die geschäftsführende Bundesregierung und vor allem der Deutsche Bundestag in seiner Gesamtheit sind jetzt gefragt.

An der Seite der Belegschaft und der Gewerkschaft IG Metall fordere ich Siemens dringend auf, von den Stellenstreichungsplänen Abstand zu nehmen. Es kann nicht sein, dass hier auf dem Rücken der Beschäftigten und strukturschwacher Regionen wie der Oberlausitz Korrekturen in der Unternehmensausrichtung vollzogen werden sollen. Diese Unternehmenspolitik ist verantwortungslos und nicht akzeptabel!

Ich unterstütze deshalb die IG Metall Ostsachsen in ihrer Ankündigung zu massivem Widerstand mit allen Mitteln des Arbeitskampfes gegen diese Streichungspläne für den Standort Görlitz.

MdB Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Kürzlich kam in den Nachrichten, dass in Bautzen seit der Überschwemmung vor vier Jahren die notwendigen Reparaturen, Instandsetzungsarbeiten und Neuerrichtungen von Stauauern mit einem finanziellen Aufwand von 15 Millionen abgeschlossen wurden. Das ist nur eine Stadt!

Ich musste unwillkürlich an die 164.000 Euro Spenden, die beim Netzwerk CUBA und die 15.000 Euro bei der AG Cuba Si Berlin (inbegriffen der Dresdner Spende von 1.685 Euro) eingegangen sind, denken. Ist es nun mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein? Es kommen pro Mitglied unserer Partei nicht mal 2,50 Euro zusammen. Dabei spendeten Cuba-Freunde und Sympathisanten hohe Summen! Natürlich weiß ich aus eigener Erfahrung, welchen Ruck man sich geben muss, um von seinem Familienlimit (was eben nicht so reichlich ist) für die in Not geratenen Völker zu spenden. Aber dann denke ich, was wäre ich für eine Linke, die nur die Solidarität im Munde führt? Das sozialistische Cuba ist das Land (wie auch damals die soz. Länder), was von Anbeginn seiner Revolution der internationalen Bourgeoisie ein Dorn im Auge ist, einem brutalen internationalem Boykott und leider immer währenden Naturkatastrophen ausgesetzt ist. Cuba wird wegen seiner Vision bekämpft, die eine friedliche sozial gerechte Welt für möglich hält. Aber liebe Leser, ist diese Vision nicht auch die der LINKEN? Wie bit-



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Foto: Creative Commons CC0

te soll diese verwirklicht werden, wenn es schon bei Vielen an kleineren Finanz- oder Sachspenden fehlt? Ich weiß, dass ich mit diesen Zeilen anecke, aber ich glaube es wäre nicht rechtens, wenn ich die Anfrage des Gen. Alfred Müller nach dem finanziellen Umfang der Unterstützung der BO's unseres Stadtverbandes unterschlagen würde, denn diese sind gleich Null. Deshalb möchten ich bzw. wir uns als AG Cuba Si Dresden bei Alfred für seine gelebte aktive Solidarität von ganzem Herzen bedanken. Bei ihm passen Wort und Tat überein! Er übergab uns zur Dezembersammlung 900 Euro Spendengelder für Cuba, die er von den Familien und Einzelspendern Renate und Alfred Müller, U. Klaut, W. Richter, H. Berner, U. Lange, M. Poschendorf, H. und Kerstin Müller zusammentrug. Allen aufgeführten Spendern und Dr. Eisel ein solidarisches

Dankeschön für Ihren hohen persönlichen Betrag! Diese Summe wird u. a. zur Begleichung der Reparaturkosten der letzten 28 Fahrräder, die vom Gemeinnützigen Verein Arbeit und Lernen repariert wurden und auf Transport gingen, verwendet. Dem Verein, besonders Herrn Behnke, sagen wir für die vielen Jahre der Unterstützung unserer Arbeit zum letzten Mal D A N K E für ihre/ seine Zuverlässigkeit! Der Verein stellt seine Arbeit auf Grund des Mangels weiterer staatlicher Unterstützung ein, wodurch auch die Möglichkeit der halbjährlichen Tätigkeit von Harz IV-Empfängern wegfällt, was wir sehr bedauern!

Bei der letzten Dezembersammlung gingen: 34 Kisten mit Büro-, Waschmittel, Handtücher- u. Wäsche, Spielsachen, Werkzeuge, 31 Fahrräder, 10 Rollstühle, 10 Rollatoren, 2 Nähma-

schinen, Fahrradschutzhelme, Musikinstrumente u. a. ein. Herzlichen Dank den Spendern: Fam. Pöbneck, Klemm, B. Albrecht, G. Böhmisch, Schlenzig, Einhorn, Schmidt u.a. Spendern. Liebe GenossInnen und LeserInnen! Der nationale und internationale Klassenkampf hat eine Gefährlichkeit erreicht, der sich vehement gegen linksgerichtete Parteien, Verbände, Gruppen, Einzelpersonen und Staaten mit anderen Gesellschaftsmodellen durch Lügen, Verleumdungen, Boykotten, Korruptionsbeschuldigungen und Kriegen richtet. Bündeln wir deshalb unsere Kräfte entsprechend der persönlichen und kollektiven Möglichkeiten zum solidarischen Handeln! Allen Spendern und Lesern wünschen wir ein gesundes und engagiertes Jahr 2018! Saludos solidarios!

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Ursula Zierz,
Jens Matthis, Birger Höhn, Max Kretzschmar,
Richard Gauch, Katja Kipping,
Franziska Fehst, Patrick Marschner
Fotos: DIE LINKE, pixelio.de, Patrick Marschner,
pixabay, Anke Illing, Verantwortung für Flüchtlinge e.V., Wikipedia.org
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Cottbus



Seit 2015 wird der FC Kálló vom Verantwortung für Flüchtlinge e.V. mit unterstützt. In diesem Fußballclub spielen heute zu 50% Roma und zu 50% Nicht-Roma.
Foto: Verantwortung für Flüchtlinge e.V.

Zur Situation der Roma in Ungarn

Der Verein Verantwortung für Flüchtlinge e.V. und die Bürgerinitiative Leipzig Korrektiv unterstützen seit 2012 den Alltag der Roma im kleinen Dorf Kálló in Ungarn. Richard Gauch berichtet über die internationale Solidarität der Menschlichkeit.

von Richard Gauch

Viele von den Roma und Romnija, ca. 80 Prozent, sind arbeitslos. Sie erhalten maximal 78 Euro pro Person und Monat als Sozialhilfe. Seit Jahren verschlechtert sich fast überall ihre Situation immer weiter. Dabei werden Roma eher indirekt denn direkt benachteiligt. Viel wird über Geld gesteuert: Wenn man kein Geld hat, kann man den Bus nicht bezahlen, kann man also nicht zur Schule oder zum Arzt fahren ... Es gibt Dörfer, in denen in einem Teil (fast) nur Roma leben und in denen es keine Infrastruktur gibt. Dies liegt dann zumeist daran, dass dies eine bewusste politische Entscheidung vom Bürgermeister ist. Allerdings gibt es hier auch Ausnahmen. Es gibt Bürgermeister, die selbst der Regierungspartei angehören und trotzdem das nicht mitmachen, die im Gegenteil versuchen, den Zusammenhalt vor Ort zu befördern.

So im ungarischen Dorf Kálló. Dort arbeiten Roma und Nichtroma recht gut zusammen. Unterstützung erhalten sie

seit rund fünf Jahren von einem Leipziger Verein, dessen Aktivitäten Richard Gauch von der BI Leipzig Korrektiv mit koordiniert. Im Frühsommer diesen Jahres saßen der Vereinspräsident des Fußballvereins FC Kálló, Istvan Diviák, und der Dorfbürgermeister Buda Baboss sowie dessen Bruder und Gemeinderatsmitglied Bence Baboss mit István Makó, dem Vorsitzenden der Roma-Bürgerrechtsbewegung und Vorsitzenden der Roma-Selbstverwaltung von Kálló und Aladár Horváth vom Roma-Parlament aus Budapest sowie Richard Gauch von der BI Leipzig Korrektiv an einem Tisch, um Probleme zu besprechen. So ging es u.a. um Probleme des Fußballvereins FC Kálló, der für den Zusammenhalt von Roma und Nicht-Roma im Dorf von großer Bedeutung ist.

Es war zu klären, ob der Rasen des Fußballplatzes von der Gemeinde gemäht wird und wie man für Umkleidekabinen und Duschen sorgen kann. Daneben wurden Fragen der Wasserversorgung

sowie fehlender Fußwege und Straßen in der Romasiedlung angesprochen.

„Es geht inzwischen so weit, dass sich selbst der Bürgermeister freut, wenn man gemeinsame Treffen hat. Man redet miteinander, man versucht, Probleme anzusprechen, Lösungen zu finden. Das ist eine gute Sache. Völlig anders als in vielen, vielen anderen Dörfern, die ich kennengelernt habe“, sagt Richard Gauch. Aladár Horváth, der Vorsitzende des Romaparlaments, glaubt, dass „das Engagement der BI zum Funktionieren der lokalen Bürgerrechtsbewegung etwas beigetragen hat und den Roma vermittelt, dass sie nicht alleine sind.“

Doch um etwas in Bewegung zu bringen, braucht man Geld. Um eine teilweise Eigenversorgung mit Lebensmitteln zu ermöglichen, braucht es Anschubinvestitionen – z.B. für Samen, um so selbst Lebensmittel anbauen zu können. Die BI Leipzig Korrektiv betreibt seit 5 Jahren ein solches „Samenprojekt“.

Im letzten Jahr waren 25 Familien am Beet-Projekt beteiligt. Mit diesem Vorhaben konnten die Bewohnerinnen und Bewohner zumindest eines Dorfes ihre dramatische soziale Lage mildern und sich mit der Ernte bis zu 3 Monate ernähren. Das hilft, da die Roma unter der großen Armut, in der sie leben, extrem leiden. Sicher: Subsistenzwirtschaft ist kein Ideal, sondern Notwehr. Doch die Roma stehen mit dem Rücken zur Wand und müssen sehen, wie sie sich selber helfen können, weil ihnen alle andere Hilfe verwehrt wird.

Das Projekt ist so gut, dass es sich rumgesprochen hat. Weitere Roma-Gemeinden haben angefragt, ob sie auch Samen bekommen können. Sicher, grundsätzlich ist die Politik gefordert, hier etwas zu verändern. Doch wenn Victor Orban daran kein Interesse hat, kann und muss man konkret und direkt helfen. Mit wenig Geld kann man viel ermöglichen.

Katja Kipping hat Geburtstag

von Jens Matthis

In der Vorgeschichte dieser Partei wäre es undenkbar gewesen, in diesem Alter den Parteivorsitz zu übernehmen. Mitunter galten schon Männer in den Fünfzigern als junge Hoffnungsträger.

Zum Abschluss des vierten Lebensjahrzehntes bereits fünfzehn Jahre mit an der Spitze zu stehen – davon mehr als fünf Jahre als Vorsitzende – ist schon etwas Außergewöhnliches. Es mögen Zufälle im Spiel gewesen sein auf Katjas Weg dorthin – vielleicht ist sie hin und wieder zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen, in einer Krise oder als die Partei interessanter, jünger und weiblicher werden sollte.

Ganz sicher kein Zufall war es jedoch, dass sie sich dort behauptet hat. Das war hart erarbeitet. Ihr Fleiß, ihre Selbstdisziplin und ihr bewundernswertes Zeitmanagement waren dafür zwingende Voraussetzungen. Aber nicht allein protestantische Tugenden zeichnen sie

aus. Eine kulturelle und intellektuelle Aufgeschlossenheit und Weltläufigkeit und die Fähigkeit zu eigenen Visionen, zu mutigen Gedanken gehören auch dazu. Sonst würden die Alten sie nicht immer wieder wählen und die Neuen nicht wegen ihr kommen.

Sie hat zu einer Zeit, als das „Bedingungslose Grundeinkommen“ noch als vollkommen abseitig galt, diese Idee in die Partei getragen, sie hat es verteidigt, dabei aber kluge Einwände in dialektischer Weise aufgenommen. Als Vorsitzende hat sie Sorge dafür getragen, dass das nunmehr fast im Mainstream liegende Thema nicht zum Fetisch wird sondern kritisches Weiterdenken herausfordert.

Nicht alle Eigenschaften gelten als Tugenden. Sicher war und ist Katja eine Netzwerkerin. Aber nicht des Netzes, sondern des gemeinsamen Werkes wegen. Und so war und ist sie als Mit-

begründerin und Vorstandsmitglied des Institutes Solidarische Moderne, Mitherausgeberin des Magazins „Prager Frühling“, Autorin mehrerer Bücher, Mitinitiatorin des Sozialtickets und der Kulturloge in Dresden nicht, wie bei Bundestagsabgeordneten sonst üblich, nur prominentes Gesicht oder „Schirmherrin“. Nein, nichts davon gäbe es heute so ohne ihre Leidenschaft und ohne ihre Leidensfähigkeit. Ohne beides wäre es auch kaum möglich, der eigenen Partei gleichzeitig als Galionsfigur und als Sündenbock zu dienen und dabei noch den Laden zusammenzuhalten.

Zu dem gleichermaßen als rund und als schwierig geltenden Geburtstag wünsche ich der begeisterten Tänzerin ein rauschendes Fest, für die Zeit danach Gesundheit und starke Nerven und im Übrigen viele weitere Jahrzehnte, nicht so stressig aber so schön wie die vier ersten.



Foto: Anke Illing, www.photocultur.de